

## AUSSENWIRTSCHAFT

\*  
\*

\*\*\*\*\*

\*(20)

**Abwertung des Renminbi um 15,8%**

Am 5. Juli 1986 verkündete Frau Chen Muhua, Staatskommissarin und Präsidentin der Volksbank, in Beijing, daß der Wechselkurs der chinesischen Volkswährung gegenüber den ausländischen Währungen um 15,8% heruntergesetzt worden sei. "Dies bedeutet", so Frau Chen, "daß 100 US\$, die bisher einen Wert von 320 Yuan hatten, nun 370,36 Yuan wert sind." Die Abwertung wurde von Frau Chen als ein notwendiger und normaler Schritt bezeichnet. Die Anpassung sei notwendig geworden, um chinesische Exporte zu ermutigen und die Handelsbilanz auszugleichen.

Des weiteren verkündete Frau Chen, daß der Staatsrat kürzlich entschieden habe, daß die Volksbank als einzige das Recht habe, Kredite aus dem Ausland zu nehmen.

Obwohl der Wechselkurs des Renminbi seit Jahren einem Abwertungsstrend unterliegt, kam das Ausmaß der letzten Kurskorrektur als Überraschung. Nach Ansicht Hongkonger Handelskreise ist der relativ hohe Prozentsatz der Abwertung ein Anzeichen dafür, daß die chinesischen Bemühungen um die Reduzierung des chronisch hohen Handelsbilanzdefizits bisher nicht recht erfolgreich waren. Vor allem zeigten die Exportförderungsmaßnahmen nur geringe Wirkung, während die Einfuhren weiterhin stiegen.

Mit der Abwertung verfolgen die Planer verschiedene Ziele. Zum ersten sollen die Erlöse der Exporterzeuger verbessert und damit die Ausfuhranreize erhöht werden. Viele Exporterzeuger verkauften bislang ihre Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt, auf dem sie bei weniger Anstrengungen und bürokratischem Aufwand bessere Preise erzielen konnten als im Ausland. Das traf insbesondere dann zu, wenn die Exportlieferanten keinen oder nur einen geringen Anteil des Devisenerlöses für eigene Zwecke einbehalten konnten.

Auf der Importseite soll der Kaufanreiz für ausländische Erzeugnisse, insbesondere auf dem Gebiet der dauerhaften Konsumgüter, verringert werden. Denn für die Einfuhr solcher Güter müssen nun höhere Renminbi-Beträge aufgewendet werden. Schließlich ist wohl beachtenswert, den besonders in den Provinzen Guangdong und Fujian blühenden Schwarzmarkt mit anderen Währungen - Foreign Exchange Certificates, Hongkong \$ und US\$ - ein-

zudämmen.

Da die Abwertung in erster Linie auf die inländische Preisstruktur und ihre Entzerrung gerichtet ist, wird in Hongkong nicht mit einer Verbilligung der Einfuhren aus der Volksrepublik gerechnet. Auf der anderen Seite ist es durchaus möglich, daß chinesische Käufer ausländischer Waren die Lieferanten unter Druck setzen werden, um unter Hinweis auf höhere Renminbi-Aufwendungen Preisnachlässe bei bereits geschlossenen Verträgen durchzusetzen.

Der Renminbi ist nicht konvertierbar. Sein Kurs wird gewöhnlich mehrmals in der Woche von der Staatlichen Devisenkontrollkommission gegenüber einem Korb anderer wichtiger Währungen festgesetzt. Die Zusammensetzung dieses "Währungskorbes" wird nicht bekanntgegeben. Der US\$, der Hongkong \$ und der Yen spielen darin aber die größte Rolle.

Ob längerfristig von der chinesischen Regierung angestrebt wird, die Währung frei konvertierbar zu machen, ist bislang nicht bekannt geworden. Die chinesischen Planer fürchten jedoch eine importierte Inflation. Auch deshalb ist ein Grund gegeben, die Warenbewegungen nach China und aus China heraus stärker zu überwachen und auch zu beschränken. (XNA, 5.7.86, zit. nach SWB, 8.7.86; NfA, 8.7.86; FT, 7.7.86) -lou-

\*(21)

**Ausländische Unternehmen mit Sozialabgaben für chinesische Arbeitskräfte belastet**

In zunehmendem Umfang werden chinesisch-ausländische Unternehmen und Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern in der Volksrepublik China auf dem Verordnungswege zur Zahlung von Sozialabgaben für ihre chinesischen Firmenangehörigen herangezogen. Die Sozialversicherungsabgaben sind für Zahlungen von Altersrenten, Krankengeld, Bestattungskosten, Witwen- und Waisengeld bestimmt.

Als Beispiel seien die Pensionsregelungen für die chinesischen Arbeiter und Angestellten in Shanghai Joint Ventures genannt. Nach einer vorläufigen neuen Regelung werden alle Chinesen, die für ausländisch-chinesische Joint Venture-Unternehmen in Shanghai arbeiten, in den Genuß von Renten kommen. Die Regelungen, die von der Stadtregierung in Shanghai herausgegeben wurden, sehen vor, daß alle chinesisch-ausländischen Joint Ventures Pensionsversicherungen für ihre chinesischen Angestellten abschließen müssen, sobald sie die

Genehmigung erhalten haben, die Geschäftstätigkeit aufzunehmen.

Die Regelungen sehen vor, daß die Unternehmen jeden Monat eine Summe zahlen sollen, die 30% des gesamten Monatslohnes entsprechen. Die Zahlungen sind an die Shanghai Filiale der Volksversicherungsgesellschaft zu zahlen. Die Versicherung wird die Pensionen, medizinische Versorgung, Begräbnisausgaben sowie Zahlungen für die Witwen und Waisen eines verstorbenen Angestellten abdecken.

Wie ein Funktionär in Shanghai erklärte, können die Joint Ventures bzw. allgemein die ausländischen Unternehmen wegen der begrenzten Vertragsdauer nicht den Lebensunterhalt der chinesischen Arbeiter und Angestellten sicherstellen, wie dies die chinesischen Unternehmen tun. Gegenwärtig sollen in den ca. 80 Joint Ventures bzw. Gemeinschaftsunternehmen in Shanghai mehr als 10.000 Chinesen arbeiten. (XNA, 20.6.86)

Die neuen Regelungen sind - neben weiteren Vorschriften - ein weiterer Anlaß dafür, daß das Engagement in der Volksrepublik von vielen ausländischen Joint Venture-Partnern gegenwärtig überdacht wird. -lou-

\*(22)

**Auslandsinvestitionen sinken um 20%**

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 sank der Vertragswert der ausländischen Direktinvestitionen in der Volksrepublik um 20% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Vertragssumme betrug bis Juni 1986 1,424 Mrd. US\$, so Liu Xiandong, der stellvertretende Direktor der Forschungsabteilung für Politik im Ministerium für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel. Nach Liu hätten die ausländischen Investitionen in der ersten Hälfte des Jahres 1985 schnell zugenommen; die Aufrechterhaltung einer solchen Zunahme sei unmöglich und nicht nötig. Die implementierten Investitionsmittel betrugen von Januar bis Juni 1986 722 Mio. US\$, das waren 6,9% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Zu beachten ist aber dabei, daß ein Teil dieser Mittel schon vorher vertraglich vereinbart worden war.

Wie Liu weiter mitteilte, seien in der ersten Jahreshälfte 1986 insgesamt 304 Joint Ventures, 252 sog. Contractual Joint Ventures, 10 Unternehmen im alleinigen Eigentum von Ausländern und ein Vertrag über Offshore-Öl, das in kooperativer Weise exploriert werden soll, geschlossen worden. Ca. 80% der ausländischen Direktinvestitionen

stammten aus Hongkong und Macau.

Aus Kreisen ausländischer Geschäftsleute werden Klagen über das sich verschlechternde Investitionsklima in der Volksrepublik laut. Im einzelnen wird über explodierende Kosten, willkürliche Steuern und Gebühren, ungenügend ausgebildete Arbeitskräfte und zahlreiche andere Störfaktoren geklagt. Einige Investoren überdenken ihre Engagements.

Zum ersten Male haben auch amerikanische Diplomaten unverhüllt ihre Meinung kundgetan, daß im internationalen Investitionsgeschäft die Volksrepublik nicht konkurrenzfähig sei. In einem Telegramm, das die Botschaft der Vereinigten Staaten in Beijing im März 1986 nach Washington sandte, wird von "einem Investitionsklima" gesprochen, "das von niemandem, außer den Chinesen, als attraktiv empfunden wird". In einer anderen Meldung nach Washington hatte es geheißen: "Für jene US-amerikanischen Unternehmen, die sich dazu entschlossen haben zu investieren, sind die Anfangskosten sehr hoch, die Risiken real und die Amortisationszeit sehr lang."

Paul Speltz, der Vorsitzende der International Businessmen's Association of Peking, in der Unternehmen aus neun Ländern vertreten sind, schrieb am 24. April 1986 an den amerikanischen Vizepräsidenten George Bush. In diesem Brief hieß es: "Amerikanische Unternehmen überlegen sich sehr sorgfältig, ob sie weiterhin in Beijing tätig bleiben wollen. Dies ist eine ernste Angelegenheit. Einige dieser Unternehmen haben nun tatsächlich damit begonnen, die Prozeduren zu untersuchen, mittels denen sie sich aus diesem Markt zurückziehen können. Unternehmen entlassen nichtchinesische Angestellte, drücken die Kosten herunter und halten nach Möglichkeiten Ausschau, an anderer Stelle auf dem Weltmarkt tätig zu werden."

Die Klagen ausländischer Unternehmen in der Volksrepublik richten sich auch auf die einheimischen chinesischen Arbeitskräfte. Die Foreign Enterprises Service Corporation hat fast ein Monopol darin, chinesische Arbeitskräfte den ausländischen Unternehmen zuzuweisen. Allem Anschein nach sind die chinesischen Arbeiter und Angestellten nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt und darin unterwiesen worden, ihre ausländischen Chefs zu beobachten. Das chinesische Unternehmen ist offensichtlich nicht in der Lage, den Anforderungen nach chinesischen Arbeitern und Angestellten schnell nachzukommen. Die Löhne für die chinesischen Angestellten können

nicht als Anreiz benutzt werden, weil das chinesische Unternehmen die Löhne festsetzt und einen Teil der Löhne, manchmal bis zu 85%, abschöpft.

Des weiteren sind die Büro- und Aufenthaltskosten immens hoch. Die Kosten für einen ausländischen Repräsentanten in Beijing werden auf zwischen 150.000 und 200.000 US\$ pro Jahr geschätzt. In dieser Summe ist noch nicht die Büromiete enthalten, die zwischen 50.000 und 125.000 US\$ pro Jahr ausmachen kann.

Klagen werden auch geführt über die willkürliche Handhabung von Zöllen und Gebühren. Nach Aussagen von Paul Speltz würden theoretisch - die Zölle und Anpassungssteuern für einen Personalcomputer im Werte von 2.000 US\$ ca. 1.800 US\$ ausmachen. In der Praxis richten sich die Zollgebühren jedoch nach der Laune des jeweiligen Zollbeamten. An manchen Tagen müsse ein Unternehmen 10% auf ein Erzeugnis zahlen, in der darauf folgenden Woche seien vielleicht schon 100% auf das gleiche Produkt zu zahlen. (AWSJ, 18./19.7.86 und 31.7.86) -lou-

\*(23)

#### **Außenhandelsvolumen im 1. Halbjahr 1986 angestiegen**

Wie üblich differierten die Zahlen über Chinas Außenhandel je nach Quelle. Das Ministerium für auswärtige wirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel meldete für das 1. Halbjahr 1986 Exporte in Höhe von 12,8 Mrd. US\$, während die Importe 14,04 Mrd. US\$ erreicht haben sollen. Das Defizit belief sich demnach auf 1,24 Mrd. US\$.

Das Zentrale Statistikamt meldete andere Zahlen; die Exporte erreichten demnach 13,53 Mrd. US\$, während die Importe sich auf 19,9 Mrd. US\$ beliefen. Der Sprecher des Zentralen Statistikamts erläuterte die Differenz damit, daß die Zahlen den tatsächlichen Eingang und Ausgang von Gütern repräsentieren, während die Zahlen des Ministeriums auf Basis der unterzeichneten Verträge berechnet würden. In den Zahlen des Zentralen Statistikamts seien auch die Ausrüstungen und Rohmaterialien enthalten, die von chinesisch-ausländischen Joint Ventures, sonstigen Gemeinschaftsunternehmen usw. für ihren eigenen Gebrauch importiert worden seien.

Nach den Zollstatistiken des Zentralen Statistikamts erreichten die chinesischen Exporte nach Japan 2,36 Mrd. US\$, während die Importe sich auf 5,84 Mrd. US\$ beliefen. Mit hin gab es im bilateralen Austausch zwischen diesen beiden Ländern

ein Defizit in Höhe von 3,48 Mrd. US\$. Im Handel mit der Vereinigten Staaten wurde ein Defizit von 1,31 Mrd. US\$ erreicht. Eine günstige Handelsbilanz gab es im Verkehr mit Hongkong und Macau. Die Exporte von China in diese Territorien beliefen sich insgesamt auf 4,15 Mrd. US\$, während die Importe nur 2,32 Mrd. US\$ erreichten.

Die Devisenreserven der Volksrepublik wurden für Ende März 1986 auf 10,348 Mrd. US\$ beziffert; die Auslandsschulden auf 5,87 Mrd. US\$. (XNA, 17. und 18.7.86; AWSJ, 21.7.86; Zhongguo Jinrong, Nr.6, 1986, S.46) -lou-

\*(24)

#### **Volksrepublik beantragt Wiederaufnahme als GATT-Mitglied**

Die Volksrepublik China stellte am 11.7.1986 den Antrag auf Wiederaufnahme seines Status als Vertragspartei des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und erklärte in diesem Zusammenhang, seine Mitwirkung werde die Ziele der Organisation fördern. In dem Dokument, das dem Generaldirektor des GATT in Genf überreicht wurde, heißt es: "Die Regierung der Volksrepublik China hat eingedenk der Tatsache, daß China zu den ursprünglichen Vertragsparteien des GATT gehörte, den Beschluß gefaßt, die Wiederaufnahme des Status als Vertragspartei der Organisation zu beantragen".

Weiter heißt es: "China ist ein Entwicklungsland; die chinesische Regierung erwartet, in gleicher Weise wie andere Entwicklungsländer behandelt zu werden, die Vertragsparteien sind."

Heute sind über 90 Länder und Regierungen Mitglieder des GATT, das im Jahre 1948 gegründet wurde. China gehörte 1948 zu den Gründungsmitgliedern der UN-Agentur GATT. Nach Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 verließ das Land diese Organisation. Seit 1982 hat die Volksrepublik China beim GATT einen Beobachterstatus. (XNA, 12.7.86) -lou-

\*(25)

#### **Volksrepublik begibt Euro-Dollar-Anleihe**

Am 23. Juni 1986 schlossen die Bank of China und die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Euro-Dollar-Anleihe mit einem Volumen von 200 Mio. US\$ ab. Das Papier ist mit einem variablen Zinssatz ausgestattet, und zwar 1/16% über der Londoner Interbankrate (LIBOR) von sechs Monaten: eine Kommissionsgebühr in Höhe von 0,3% und eine Laufzeit von 10 Jahren (Fälligkeit im Juli 1996).

Die Anleihe war zuvor in Großbritannien, vor allem durch die Haltung der Bank of England, auf Widerstände gestoßen. Vgl. dazu Übersicht Nr. 32 in C. a., Mai 1986, S. 272.

Die Bank of England beharrt auf ihrem Standpunkt, China müsse zuerst seine alten verbrieften Vorkriegsschulden zurückzahlen. Die Volksrepublik führt dagegen die sog. "Ungleichen Verträge" ins Feld, die das alte China mit dem Westen hätte abschließen müssen.

Die Anleihe konnte sofort nach der Unterzeichnung der Verträge am Euro-Markt untergebracht werden. Als Käufer traten ausschließlich institutionelle Anleger (Banken, Versicherungen, Pensionskassen) auf. In Luxemburg wird die China-Anleihe jetzt etwa zu pari gehandelt. Die Anleihe wird wahrscheinlich bald in Luxemburg amtlich notiert werden, nicht hingegen in London und wahrscheinlich auch nicht in Frankfurt. (XNA, 24.6.86; FAZ, 30.6.86) -lou-

#### WIRTSCHAFT

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(26)

#### Bericht des Rechnungshofes für 1985

Auf der 16. Tagung des VI. Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, die in Beijing vom 16. bis 25. Juni stattfand, gab der Präsident des Rechnungshofes seinen Bericht über die Arbeit dieser Kontrollbehörde im Jahre 1985. Es folgen wichtige Teile aus diesem Bericht, da daraus Informationen über die interne Situation in Betrieben und Gebietskörperschaften zu gewinnen sind:

Die Verwaltung für Rechnungsprüfung trat 1985 in ihr drittes Jahr ein. Nachdem die grundlegende strukturelle Organisation vollendet war, begannen die Rechnungsprüfungsabteilungen in diesem Jahr damit, ihre Arbeit auf die Rechnungsprüfungen zu kontrollieren...

Um zur fundamentalen Verbesserung des Partei- und Sozialverhaltens beizutragen und einen reibungslosen Fortschritt bei der Öffnung hin zur Welt zu gewährleisten, die Binnenwirtschaft zu beleben und das Wirtschaftssystem umzustrukturieren, haben sich seit 1985 die Rechnungsprüfungsorganisationen aller Ebenen mit ernsthaften finanziellen und wirtschaftlichen Irregularitäten befaßt, wie z. B. Betrug sowie der Ausnutzung von Schlupflöchern in der Reform. Nach den Statistiken wurden bei der

Überprüfung von über 66.000 Einheiten große Geldsummen zweifelhafter Natur gefunden, darunter insgesamt 2,82 Mrd. Yuan, die an die Finanzabteilungen hätten abgeliefert werden müssen.

Die Rechnungsprüfungsorganisationen begannen im letzten Jahr ihre Arbeit damit, daß sie die Budgets und Sonderfonds verschiedener Gewerbezweige überprüften. Trotz der Tatsache, daß die Budgets und Sonderfonds in gewissen Gebieten gebunden waren, fanden sie heraus, daß eine beträchtliche Geldsumme fehlgeleitet oder verschwendet worden war. Im Verlauf der Überprüfung von ca. 2.200 Erziehungseinheiten in 12 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten fanden lokale Rechnungsprüfungsorganisationen heraus, daß über 82 Mio. Yuan mißbräuchlich dazu verwendet worden waren, Büros, Wohnheime und Gasthäuser zu bauen; Autos zu kaufen und Unternehmen zu errichten. Bei der Überprüfung der Straßenerhaltungsgebühren für 1984 in Shandong, Hunan, Anhui und Zhejiang sowie in der Stadt Tianjin fanden die Rechnungsprüfungsinstitutionen heraus, daß mehr als 101 Mio. Yuan für andere Zwecke verwendet worden waren, das waren 9,6% der Straßenerhaltungsgebühren, die in diesem Jahr erhoben worden waren. 59 Mio. Yuan fehlten bei den Gesamteinnahmen, entweder als Ergebnis von Irrtümern oder aufgrund von Betrug. Lokale Rechnungsprüfungsinstitutionen überprüften auch 556 Wasserwirtschafts-Fonds auf Kreisebene und entdeckten, daß 77 Mio. Yuan oder 9% der Gesamtsumme dieser Fonds mißbräuchlich verwendet worden waren. Einige Gebietskörperschaften hatten Fonds zur Vermeidung von Überschwemmungen dazu benutzt, Autos zu kaufen. Zusammen mit den zuständigen Abteilungen prüfte die Verwaltung für Rechnungsprüfungen 1984 die städtischen Schutz- und Aufbaufonds in Wuhan, Xi'an, Jinan, Zhengzhou, Shijiazhuang und Changzhou und fand heraus, daß 90 Mio. Yuan oder 30% der ausgegebenen Mittel nicht entsprechend den Vorschriften ausgegeben worden waren. Der Staatsrat hat den Rechnungsprüfungsbericht der Verwaltung für Rechnungsprüfungen über das Erziehungsbudget und die Straßenerhaltungsgebühren zu den entsprechenden Gebietskörperschaften und Abteilungen weitergeleitet und hat sie gebeten, ernsthaft Schritte zu unternehmen, um die Fondsverwaltung zu verbessern.

Bei der Durchführung unserer Arbeit haben wir gewissenhaft die wichtigsten und größten Disziplinverletzungen im Bereich der Finanzen und der Wirtschaft untersucht. Beispielsweise haben einige

Einheiten in Getreideabteilungen das staatliche System des Ankaufs von Getreide und ölhaltigen Früchten zu unterschiedlichen Preisen genutzt, um illegale Profite vom Staat zu erzielen, der höhere Preise für Getreide und ölhaltige Früchte zahlt, die die staatliche Ankaufquote überschreiten. Auf der Grundlage von Instruktionen eines führenden Genossen aus dem Staatsrat haben die Rechnungsprüfungsorganisationen aller Ebenen und die verschiedenen zuständigen Abteilungen ca. 9.200 Einheiten untersucht und entdeckt, daß insgesamt 710 Mio. Yuan fraglich waren. Aufgrund unvollständiger Statistiken waren in 421 Fällen jeweils mehr als 1 Mio. Yuan an illegalen Transaktionen beteiligt. 1985 wurden 127 Fälle entdeckt, in denen Bestechungen von mehr als 10.000 Yuan vorgekommen waren. Gegen 992 verantwortliche Personen wurden Disziplinarmaßnahmen erlassen, und einige von ihnen wurden als Kriminelle bestraft. Die Untersuchung und Behandlung dieser wichtigen Fälle führte zu weitreichenden Auswirkungen, ließ die Kader ihre Konzepte bei der Beachtung von Disziplin und Gesetz stärken und half dabei mit, einen Wandel zum Besseren bei der Verbesserung des Parteistils und des allgemeinen Verhaltens in der Gesellschaft herbeizuführen.

Wir haben auch jene Einheiten überprüft, die Kredite der Weltbank nutzen. Kredite der Weltbank an China nahmen jedes Jahr zu. Auf Bitten der Weltbank sind die staatlichen Rechnungsprüfungsbehörden gehalten, jene Einheiten zu überprüfen, die Kredite nutzen, und Berichte über die Verwendung der Kredite und die Ergebnisse weiterzuleiten. Wir haben bereits jene Einheiten überprüft, die Kredite bei einer Gesamtheit von 254 Projekten letztes Jahr genutzt haben. Im Verlauf der Prüfungen haben wir Unregelmäßigkeiten bei Projekten im Bereich der Kultur, der Erziehung und der Landwirtschaft herausgefunden. Wir haben die betroffenen Einheiten angewiesen, schnell ihre Effizienz zu erhöhen und die Unregelmäßigkeiten zu korrigieren. Der Bericht der Verwaltung für Rechnungsprüfung wurde von der Weltbank geprüft. Die Weltbank erkannte an, daß der Bericht den internationalen Rechnungsprüfungsstandards entsprach. Die Prüfung der Nutzer von Weltbankkrediten hat diese dazu bewogen, daß Beste aus den Krediten zu machen; auf diese Weise kann auch Chinas Glaubwürdigkeit in bezug auf Kredite verstärkt werden.

Während des 4. Quartals des letzten Jahres (1985) entschied der Staatsrat, eine extensive Prüfung der Steuereinnahmen der finanziellen